



Buch-Debüt
Der Autor
Tom Hanks
Feuilleton

Bayern

Interview
Die Bewohner von
Alwine hoffen weiter
Panorama



AUSGABE NR. 25

Mittwoch, 31. Januar 2018

13

Rechte mischen sich unter Narren

„Identitäre Bewegung“ in Donauwörth

VON WOLFGANG WIDEMANN

Donauwörth Ulrich Reitschuster, Präsident der Initiative Fasching Donauwörth, ist empört: „Das geht gar nicht.“ Worüber er sich aufregt: Am Sonntag hat sich eine rechte Gruppierung unter die Teilnehmer des Faschingsumzugs in der Stadt gemischt.

Bemerkt haben dies bei dem närrischen Treiben zunächst nur wenige. Mindestens acht Personen, die offenbar der „Identitären Bewegung Schwaben“ angehören, trugen arabisch-orientalisch anmutende Gewänder, hatten ein Transparent dabei und verteilten Flugblätter. Erst beim Lesen wurde Zuschauern bewusst, wer da unterwegs war. Auf den Zetteln wird vor einem „Bevölkerungsaustausch“ in Deutschland durch Masseneinwanderung gewarnt. Es finde eine Islamisierung statt. In einem sozialen Netzwerk feiert die Gruppierung die Teilnahme am Umzug in Donauwörth inzwischen als Erfolg.

Nach ersten Erkenntnissen der Polizei war die Aktion wohl nicht strafbar. Jedoch ermittelt das Kommissariat Staatsschutz der Kripo Dillingen. Die „Identitäre Bewegung“ ist Experten zufolge gerade dabei, sich bayernweit zu organisieren. Sie verteilt auch schon in Augsburg und Wertingen Flugblätter. Der Verfassungsschutz beobachtet die Gruppierung. Die steht Politikwissenschaftlern zufolge für den Versuch, den Rechtsextremismus ideologisch zu modernisieren.



Die rechte Gruppierung zeigte auch ein Transparent. Foto: Helmut Bissinger

Faustschlag rettet Hundeleben

Würzburg Mit einem Faustschlag gegen die Seitenscheibe eines Autos hat ein 19-Jähriger im unterfränkischen Werneck einem Hund das Leben gerettet. Das Tier saß in dem brennenden Auto auf einem Parkplatz, als der junge Mann zufällig vorbeikam. Ohne zu zögern, schlug er mit der Faust die Seitenscheibe ein und holte den Hund aus dem völlig verqualmten Innenraum des Wagens ins Freie. Dabei zog sich der 19-Jährige Schnittverletzungen an der Hand zu.

Der Hundebesitzer hatte zunächst nichts mitbekommen von dem Drama, das sich in dem Ort im Landkreis Schweinfurt ereignete. Er hatte sein Auto geparkt, um ein Schnellrestaurant zu besuchen. Währenddessen kam es laut Polizei im Motorraum des Wagens wohl zu einem Kabelbrand. Das Feuer habe sich rasch ausgebreitet, das Innere des Autos sei völlig verqualmt gewesen. Während der 19-Jährige aus dem baden-württembergischen Landkreis Ludwigsburg den Hund befreite, bekämpfte ein anderer Passant die Flammen mit einem Feuerlöscher. An dem Auto entstand ein Sachschaden von mehreren tausend Euro. (dpa)



Der Öffentliche Nahverkehr ist in Bayern nicht gleichmäßig auf die Metropolen und den ländlichen Raum verteilt.

Foto: Lennart Preiss/photothek.net, lmagi

Wenn der Bus nicht mehr kommt

Landtag Wie kann Bayern gerechter werden? Nach jahrelanger Arbeit legt eine Enquete-Kommission Empfehlungen für gleichwertige Lebensverhältnisse vor. Warum ein Experte die Staatsregierung rügt

VON ULI BACHMEIER

München Geht es gerecht zu zwischen Stadt und Land in Bayern? Was kann getan werden, um das Verfassungsziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu erreichen? Mehr als drei Jahre lang hat sich im Landtag eine Enquete-Kommission mit diesen Fragen befasst. Gestern legte sie einen 152 Seiten starken Abschlussbericht vor. Das wichtigste Ergebnis: CSU, SPD, Freie Wähler und Grüne sind sich weitgehend einig, dass es „kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten“ geben soll. Deshalb müsse mehr für die ländlichen Räume getan werden.

Wo es zwischen den Regionen Bayerns hakt, ist seit langem bekannt: Vielerorts außerhalb der Metropolen fehlt es an Ärzten und Pflegediensten, an digitaler Infrastruktur, an hochwertigen Arbeitsplätzen, an Bahn- und Busverbindungen im Nahverkehr sowie an Kultur- und Bildungsangeboten. Ortskerne verlieren an Attraktivität. Immobilien stehen leer und verlieren an Wert. Umgekehrt platzen die Ballungszentren und insbesondere die Landeshauptstadt München aus allen Nähten. Es herrscht eklatanter Wohnungsmangel. Auf den Autobahnen und großen Einfallstraßen sind regelmäßige lange Staus zum

Dauerergänis geworden, weil hunderttausende Arbeitnehmer pendeln müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen.

Die 26-köpfige Enquete-Kommission unter Leitung des CSU-Abgeordneten Berthold Rütth (Vorsitzender) und des SPD-Abgeordneten Christoph Rabenstein (Stellvertreter) hat nun eine Bestandsaufnahme mit insgesamt 120 Handlungsempfehlungen vorgelegt, um für mehr Ausgleich zu sorgen. Dazu gehören unter anderem die Förderung der digitalen Bildung an allen Schularen, die Entlastung pflegender Familienangehöriger durch Stärkung der Versorgungsstrukturen in der Pflege, ein bayernweit einheitliches Tarifsystem im öffentlichen Nahverkehr sowie der flächendeckende

Glasfaserausbau und ein flächendeckendes Mobilfunknetz im 5G-Standard. Außerdem empfiehlt die Kommission, die Städte und Gemeinden finanziell besser auszustatten. Der Anteil der Kommunen am Steuerverbund soll deshalb schrittweise angehoben werden.

Die Kommission, der auch elf Experten aus Wissenschaft und Staatsverwaltung angehörten, habe mit dem Bericht „ein Konzept der räumlichen Gerechtigkeit entwickelt“, sagte Rütth. Kern dieses Konzepts sei, dass der Staat die Grundversorgung, die Infrastruktur und die Finanzmittel zur Verfügung stellen soll und die Kommunen sich um die konkrete Ausgestaltung kümmern sollen.

Die Sprecher aller vier Fraktio-

nen hoben gestern hervor, dass trotz aller parteipolitischen Differenzen in vielen Fragen Einigkeit bestanden habe. Erst in der Plenardebatte am Nachmittag wurden auch Unterschiede deutlich. Während Rütth hervorhob, was die Staatsregierung in der Vergangenheit für den ländlichen Raum bereits geleistet habe, hielt Rabenstein der CSU vor, dass sie Bayern viel zu lange als „Bayern AG betrachtet“ und die Politik ausschließlich dem wirtschaftlichen Wachstum in den Ballungszentren untergeordnet habe.

Joachim Hanisch (Freie Wähler) betonte, dass der Bericht „keine Worthülse“ bleiben dürfe, sondern „mit Leben erfüllt“ werden müsse. Markus Ganserer (Grüne) forderte, die Bedürfnisse des Einzelnen zum Maßstab politischen Handelns zu machen: „Niemand sollte wegen seiner sozialen und räumlichen Herkunft benachteiligt werden.“

Professor Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie für den ländlichen Raum, hofft auf ein grundsätzliches Umdenken in der Politik. Bisher habe die Staatsregierung etwa bei Behördenverlagerung nur gekleckert statt geklotzt. 2500 Arbeitsplätze aus München hinauszuverlagern, sei noch viel zu wenig. Magel: „Wir schaffen diesen Klick im Hirn nicht.“

»Kommentar

Vier Dimensionen räumlicher Gerechtigkeit

In ihrem Bericht „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ orientiert sich die Enquete-Kommission des Landtags an dem Konzept der Professoren Holger Magel und Manfred Miosga. Es unterscheidet vier Dimensionen räumlicher Gerechtigkeit:

- **Verteilungsgerechtigkeit:** gleichwertiger Zugang zu Gütern, Ressourcen und Infrastruktur für alle

- **Verfahrensgerechtigkeit:** strikte Gleichheit bei der Verteilung bürgerlicher und politischer Rechte
- **Chancengerechtigkeit:** vergleichbare Startchancen und Entwicklungsmöglichkeiten für alle
- **Generationengerechtigkeit:** Alle Maßnahmen mit dem Ziel ökologischer Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit sollen verknüpft werden. (jub)

Wie Studenten Flüchtlingen helfen

Soziales Seit drei Jahren gibt es in Augsburg die „Law Clinic“. Was hinter dem Projekt steckt

VON JAN KANDZORA

Augsburg Manchmal, sagt Patricia Payome Villoria, hätten die Flüchtlinge ganz einfache Fragen. Etwa, wie man eigentlich einen Richter anspricht, wenn eine Asylklage vor dem Verwaltungsgericht verhandelt wird. Oft allerdings geht es in der „Law Clinic“ in Augsburg um komplexere Themen: um Schwierigkeiten im Ausländer- und Asylrecht allgemein, um die Vorbereitung auf die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um Mietstreitigkeiten, um Verträge.

Die Law Clinic, das ist, kurz gesagt: eine ehrenamtliche studentische Rechtsberatung für Flüchtlinge und Helfer. Seit drei Jahren existiert das Projekt an der Universität Augsburg, die Juristin Patricia Payome

Villoria ist die Direktorin der Law Clinic, deren Vertreter nun Zwischenbilanz gezogen haben. Das Projekt ist ziemlich groß geworden. Rund 80 Studenten beteiligen sich derzeit. Mittlerweile, sagt Mitgründerin und Jura-Studentin Melanie Jogschies, gebe es Erstsemester, die auf Teilnahmebogen angeben, extra wegen der Law Clinic nach Augsburg gekommen zu sein. Ein Nebeneffekt für Studenten: Sie sammeln durch das Engagement juristische Praxiserfahrung. Die juristische Beratung eines Anwalts ersetzt das Angebot indes nicht und soll es auch nicht, sondern quasi als niederschwellige Vorstufe dienen.

Alleine im vergangenen Jahr kamen für die ehrenamtlichen Helfer rund 300 Beratungsstunden zusammen. Meistens in den Räumen der

juristischen Fakultät in Augsburg, manchmal bei den Flüchtlingen vor Ort, etwa in der Erstaufnahmeeinrichtung in Donauwörth.

Unterstützt wird die Law Clinic unter anderem von der Rechtsan-



Patricia Payome Villoria (l.) und Melanie Jogschies beraten an der Uni Augsburg Flüchtlinge. Foto: Michael Hochgemuth

waltskammer und der Stadt Augsburg. Stefan Kiefer (SPD), Sozialreferent und Zweiter Bürgermeister der Stadt, hält viel von dem Projekt. Fünf Studenten haben mittlerweile die Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge übernommen. Seit Mai 2016 gibt es auch die von Studenten gegründete „Language Clinic“ in Augsburg, um Sprachbarrieren in der Beratung zu überbrücken. Der Dolmetscherpool umfasse mittlerweile 15 verschiedene Sprachen, heißt es von dem Projekt.

Dazu gibt es konkrete Überlegungen, die Arbeit der Law Clinic auszuweiten. Sie könnte, so der Gedanke, nicht mehr nur Ausländer- und Asylrecht umfassen, sondern beispielsweise das Thema Mietrecht, und damit nicht nur für Flüchtlinge zur Verfügung stehen.

Kommentar



Die Arbeit beginnt erst

VON ULI BACHMEIER

jub@augsbu-ger-allgemeine.de

Was war das für ein Aufschrei vor sieben Jahren, als ein von der Staatsregierung eingesetzter Zukunftsrat empfahl, der Freistaat solle sich den Erfordernissen einer globalisierten Wirtschaft anpassen und seine ganze Energie auf die Entwicklung der Ballungszentren konzentrieren, weil nur so der Wohlstand der Bürger in Zukunft gesichert werden könne. Die ländlichen Regionen fühlten sich zu Tourismus- oder Schlafstätten degradiert und protestierten lautstark. Die Folge: Der Bericht des Zukunftsrats wurde ins Regal gestellt, wo er seither verstaubt.

Seit diesem politischen Debakel geht es im Landtag in die entgegengesetzte Richtung. Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns wurden als Staatsziel in der Verfassung festgeschrieben, und eine Kommission im Landtag vertiefte sich über drei Jahre lang in das höchst komplizierte Thema. Die Abgeordneten waren fleißig, sie haben sehr ernsthaft gearbeitet und sie haben es trotz parteipolitischer Differenzen geschafft, ein gemeinsames Ergebnis vorzulegen. Das ist anzuerkennen.

Skepsis ist dennoch angebracht. Der Wunschzettel ist lang, die Möglichkeiten des Freistaats aber sind begrenzt – finanziell wie politisch. Und die Frage, wie sich Bayern als Exportland den Erfordernissen der Globalisierung stellt, kann nicht völlig ausgeklammert werden, nur weil sich der Zukunftsrat vor sieben Jahren im Ton vergriffen hat.

Die eigentliche Arbeit der Abgeordneten beginnt erst. Sie müssen zeigen, was geht und was nicht.

Notizen aus der Region

ROGGDEN

Drama um vier entlaufene Pferde

Vier Pferde sind am Montagabend von einer Koppel in Roggden bei Wertingen ausgebüxt und durch den Landkreis Dillingen gerannt. Nur eines wurde rasch eingefangen. Die anderen drei waren auf und davon – bis es zu einem schweren Unfall bei Höchstädt kam: Auf einer Straße, die nach Wertingen führt, wurde ein Pferd von einem Auto erfasst und starb. Drei Fahrzeuge waren in den Unfall verwickelt. Vier Menschen wurden leicht verletzt. Die ganze Nacht suchten Besitzer, Bekannte und die Polizei nach den Tieren. Sogar ein Hubschrauber war im Einsatz. Die Pferde tauchten am Dienstagvormittag bei Blindheim auf. Die Besitzer holten sie ab. (sb)

AUGSBURG

Missverständnis: Mann attackiert Marktforscher

Ein Marktforscher ist in Augsburg Opfer eines misstrauischen Nachbarn geworden. Der Anwohner hatte den 64-Jährigen beobachtet, wie er sich in einem Treppenhäus die Namen der Hausbewohner notierte. Da der 60-Jährige den Unbekannten für einen Einbrecher hielt, sperrte er ihn laut Polizei im Flur ein. Als eine Frau den Marktforscher befreite, schlug der Nachbar das Opfer und nahm es in den Schwitzkasten. Die Polizei klärte das Versehen auf. Der übereifrige Anwohner muss sich wegen gefährlicher Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Nötigung verantworten. (AZ)